

24. Januar 2018

Pressemitteilung

Angestellte Lehrkräfte unterstützen Streikrecht für Beamte

Gleichstellungstarifvertrag ist das Ziel

Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL.NRW) hofft, dass das Bundesverfassungsgericht auch den verbeamteten Lehrern das Streikrecht zugesteht.

Bisher haben nur die angestellten Lehrkräfte für die Einkommensentwicklung gekämpft und das auch für ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt könnten neben den 200.000 angestellten Lehrkräften auch die 600.000 verbeamteten Lehrkräfte in NRW bei Tarifverhandlungen dazu beitragen, dass endlich ein Gleichstellungstarifvertrag erkämpft wird, der den Grundsatz „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ umgesetzt.

„Der Skandal, dass angestellte Lehrkräfte in Deutschland trotz identischer Ausbildung und Qualifikation im Monat über 600 € Netto weniger verdienen und auch bei den Altersbezügen massiv diskriminiert werden, muss endlich beendet werden“, so Karin Bödeker vom Landesvorstand SchaLL.

SchaLL verweist auf eine aktuelle empirische Studie des Wissenschaftlers Dr. Michael Popp (Uni Bayreuth, Mai 2017), der Einkommensunterschiede zwischen angestellten und beamteten Lehrern – gerechnet auf ein Arbeitsleben – auf bis zu 350.000 € beziffert.

Die neue Schulministerin in NRW, Frau Yvonne Gebauer, verspricht die Schaffung von „weltbesten Bildung“ für NRW.

„Grundvoraussetzung für weltbeste Bildung ist ganz sicher, die Zweiklassen-Gesellschaft bei den Lehrkräften abzuschaffen und den Angestellten und Beamten gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen“, so Rainer Lummer, stellv. Landesvorsitzender von SchaLL.

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: SchaLL.NRW • www.schall.nrw

Landesvorsitzender: **Ralf E. Heinrich** • Ennepetal • T: 0177 – 615 23 46 • E-Mail: vorstand@schall-nrw.de

Stv. Landesvorsitzender: **Rainer Lummer** • Paderborn • T: 0171 – 7030438 • E-Mail: vorstand@schall-nrw.de